

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	107
		TOP:	2a
Verhandlung		Drucksache:	836/2018
		GZ:	WFB
Sitzungstermin:	26.10.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Föll		
Berichterstattung:	der Vorsitzende		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / fr		
Betreff:	Grundstücksverkehrliche Betreuung des Rückbaus und der Nachnutzung der durch Stuttgart 21 freiwerdenden Flächen		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 17.10.2018, GRDRs 836/2018, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Vom Sachstandsbericht bez. dem Vollzug des Kaufvertrags mit der Bahn über die Flächen von Stuttgart 21 wird Kenntnis genommen.
2. Vom zusätzlichen Personalbedarf beim Amt für Liegenschaften und Wohnen (Abteilung Grundstücksverkehr) für die anfallenden Aufgaben im Umfang einer Stelle in Besoldungsgruppe A 13 h. D. wird Kenntnis genommen. Die Entscheidung über die Stellenschaffung ist im Vorgriff auf den Stellenplan 2020 zu treffen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Zunächst erläutert EBM Föll die Vorlage.

StRin Fischer (90/GRÜNE) signalisiert Zustimmung ihrer Fraktion zur Vorlage. Sie weist jedoch explizit darauf hin, dass die in der Aufgabenbeschreibung dreimal erwähnte

künftige Vermarktung der Flächen so nicht besprochen worden sei. Bisher liege lediglich ein Gutachten bezüglich einer möglichen Bodennutzung vor.

Hier stellt EBM Föll klar, Vermarktung sei nicht gleichzusetzen mit Verkauf. Auch bei einem Erbbaurecht oder einer Vermietung müsse man aktiv werden. Gemäß einem Beschluss im UTA solle in den ersten Monaten 2019 im UTA hierzu berichtet werden. Das Amt für Liegenschaften und Wohnen werde sich an die im Gemeinderat beschlossenen Rahmenvorgaben halten.

Seine Fraktionsgemeinschaft sei von einer aktiven Bodenvorratspolitik überzeugt, so StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS). Dafür brauche man langfristig Stellen. Natürlich benötige man für das vorliegende Projekt ebenfalls Stellen. Er plädiert jedoch dafür, für den kleinen Stellenplan insgesamt Stellen für eine aktive Bodenvorratspolitik zu beantragen und diese Stellenschaffungen nicht projektgebunden für S 21 zu begründen. Den in seinen Augen zu ungenauen Begriff der "Vermarktung" sollte man durch "Vergabe" ersetzen und bei den Vermarktungsmöglichkeiten sollte "und/oder Verkauf" gestrichen werden. An dieser Stelle weist EBM Föll darauf hin, dass Mitglieder des Gemeinderats nicht über Begründungen abstimmen, sondern lediglich über Beschlussanträge. Im Beschlussantrag sei jedoch keine Rede von Vermarktung.

Er stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen beschließt bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich wie beantragt.

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
Stadtkämmerei (2)
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Rechnungsprüfungsamt
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR